

EU-Exportverbot für hochgiftige Pestizide

Stellungnahme der Rainforest Alliance



EINLEITUNG

In Europa dürfen viele hochgiftige Pestizide nicht für Nutzpflanzen eingesetzt werden, weil sie sich schädlich auf Mensch und Natur auswirken. Herstellung und Export dieser Pestizide sind dagegen in der Europäischen Union nicht verboten. Folglich werden große Mengen dieser Pestizide weiter von Europa aus in Länder außerhalb der EU geschickt. Die meisten dieser Exporte gehen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wie Côte d'Ivoire, Uganda, Sudan, Marokko, Mexiko und Costa Rica. Die Behörden vor Ort haben meist nicht die Kapazitäten, sichere Lagerung und Transport dieser giftigen Pestizide zu gewährleisten. Viele FarmerInnen verfügen nicht über das Wissen und die Ausbildung, um sich vor den Risiken zu schützen, die diese Produkte für ihre Gesundheit und die Umwelt mit sich bringen. Das hat verheerende Auswirkungen auf Ökosysteme und Biodiversität sowie auch auf die Gesundheit von ErzeugerInnen, ArbeiterInnen und landwirtschaftlichen Gemeinschaften.

Der Großteil dieser Pestizide, die für die Anwendung in Europa als zu giftig gelten, wird aus Italien, den Niederlanden, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien und Großbritannien exportiert. Die Erlaubnis für den Export dieser verbotenen Pestizide stellt eine inakzeptable Doppelmoral dar, der unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden muss.

Mehrere einzelne europäische Länder sind der Meinung, dass diese Exporte beendet werden sollten. Frankreich und die Schweiz haben bereits nationale Gesetze erlassen, die eine

solche Praxis untersagen. Die Schweiz hat den Export fünf hochgiftiger Pestizide seit 2021 verboten.¹ In Frankreich ist der Export seit 2022 strafbar.² Die deutsche Regierung hat angekündigt, Anfang 2023 ein ähnliches Verbot auszusprechen.³

VERSTOSS GEGEN DAS RECHT AUF EIN SICHERES ARBEITS- UND LEBENSUMFELD

In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen verstößen Pestizide oft gegen das Recht auf ein sicheres Arbeits- und Lebensumfeld. Sie stellen nicht nur ein Problem für FarmerInnen und ArbeiterInnen dar, die ein solch gefährliches Produkt handhaben müssen (häufig ohne entsprechende persönliche Schutzausrüstung), sondern auch für ganze Familien und ländliche Gemeinschaften. In vielen Fällen ziehen unzureichende Systeme zur sicheren Entsorgung leerer Pestizidbehälter gefährliche Praktiken nach sich, z.B. die Wiederverwendung der Behälter zur Lagerung von Nahrung und Getränken oder die Verbrennung der Behälter, wodurch gefährliche Gase entstehen.

1 <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80711.html>

2 <https://www.tellerreport.com/news/2020-01-31---the-constitutional-council-validates-the-ban-on-the-export-of-prohibited-pesticides-to-the-eu---france-24-ByZJUoqWzLhtml>

3 <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/119-vo-exportverbot-pestizide.html>



Ein Schild vor einem Gewächshaus für Blumenzucht in Kolumbien warnt, dass hier Pestizide zum Einsatz kommen.

Sogar Menschen, die nicht in direkten Kontakt mit diesen Giften kommen, laufen Gefahr, gesundheitliche Schäden zu erleiden. Viele großflächige Plantagen versprühen die Mittel aus der Luft, wobei nicht nur Felder, sondern auch angrenzende Straßen, Häuser und Schulen den giftigen Pestiziden ausgesetzt sind. Außerdem können Rückstände der Pestizide in Boden und Gewässer gelangen und die Gesundheit von Gemeinschaften in Gefahr bringen, die Fische fangen, Lebensmittel anbauen und Trinkwasser aus diesen natürlichen Ressourcen gewinnen.

Durch die direkte Exposition und die Verschmutzung der Umwelt verletzen Pestizide die Menschenrechte von ErzeugerInnen, FarmerInnen, ihren Familien und den Gemeinschaften im Umkreis, da ihre Gesundheit, ihr Leben und ihre Existenzgrundlagen in Gefahr gebracht werden.

Zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Pestizidnutzung wurden bereits mit Hilfe der Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen gemeldet.⁴ Dennoch haben die meisten betroffenen Gemeinschaften keinen Zugang zu entsprechenden Rechtsmitteln und Einspruchsverfahren. Sie stehen vor der Herausforderung, einen langwierigen Rechtsstreit mit mächtigen Unternehmen einzugehen, und die Beweislast, ihre Gesundheitsprobleme auf die Pestizide zurückzuführen, ruht auf ihren eigenen Schultern. Schätzungsweise 385 Millionen unbeabsichtigte akute Pestizidvergiftungen

treten jedes Jahr auf,⁵ die Mehrzahl davon in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, in denen die Vorschriften für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt nicht so strikt sind. Ein Beispiel: Allein in den Vereinigten Staaten sieht sich Syngenta zur Zeit mit über 1153 Klagen hinsichtlich Parkinson bei ArbeiterInnen konfrontiert.⁶ Es gibt aktuell keine Gerichtsverfahren in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, in denen die meisten landwirtschaftlichen Vergiftungen auftreten. Das bedeutet, dass die Menschen in den meisten Fällen nicht zu ihrem Recht kommen.

EIN WEITERER WICHTIGER SCHRITT IN DER WELTWEITEN ABSCHAFFUNG VON PESTIZIDEN

Ein EU-Exportverbot für Pestizide, deren Anwendung in der EU selbst bereits verboten ist, ist ein wichtiger Schritt bei der weltweiten Umstellung auf eine regenerative landwirtschaftliche Produktion. Es würde eine globale Bewegung fördern, die sich von der Nutzung dieser hochgefährlichen Chemikalien abwendet, und bedeutet einen Schritt hin zu nachhaltigeren Methoden und sichereren Alternativen. Ein solches Verbot sendet ein starkes Signal an Regierungen und Unternehmen auf der ganzen Welt: Diese Pestizide sind gefährlich und sollten nirgendwo auf diesem Globus zum Einsatz kommen.

Dieser Wandel ist entscheidend für die zukünftige Gesundheit unseres Planeten und der Menschen, die auf ihm leben. Die Menge der weltweit angewandten Pestizide ist seit 1950 um das 50-fache gestiegen.⁷ Die meisten ErzeugerInnen reagieren auf einen festgestellten Schädlingsbefall sofort mit der Anwendung von Pestiziden. Viele nutzen Pestizide sogar als prophylaktische Methode, bevor Schädlinge überhaupt auftreten.

Dabei hat die massive Zunahme der Pestizidverwendung keineswegs zu einer beträchtlichen Abnahme von Ernteverlusten geführt. Schädlinge sind immer noch weitverbreitet und stellen eine konstante Bedrohung für LandwirtInnen dar. Jedes Jahr fallen geschätzte 20-40 Prozent der weltweiten Nutzpflanzenproduktion Schädlings zum Opfer. Jährlich kommen weltweit 3,5 Milliarden kg Pestizide zum Einsatz. Jedes Jahr kosten Pflanzen- und Insektenkrankheiten zusammengenommen die Weltwirtschaft rund 290 Milliarden US-Dollar.⁸ Die Anwendung von Pestiziden ist für FarmerInnen keine Lösung für die hohen Risiken durch Schädlingsbefall.

Hinzu kommt, dass Pestizide schwere Schäden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt mit sich bringen. Auch wenn alle Pestizide potentiell gefährlich sind, vor allem, wenn sie nicht richtig angewendet werden, sind doch solche, die als «hochgiftig» eingestuft wurden, Grund zu besonderer Besorg-

5 Boedeker, W., Watts, M., Clauzing, P. u.a.: The global distribution of acute unintentional pesticide poisoning: estimations based on a systematic review. *BMC Public Health* 20, 1875 (2020). <https://bmcpublichealth.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12889-020-09939-0>

6 MDL-Richter mit den meisten Paraquat-Klagen gegen Syngenta, Chevron. <https://www.reuters.com/legal/litigation/mdl-judge-advances-most-paraquat-claims-against-syngenta-chevron-2022-02-15/>

7 PAN Germany (2012). Pesticides and health hazards: Facts and figures. Hamburg: Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. http://www.pan-germany.org/download/Vergift_EN-201112-web.pdf

8 FAO. (2019). New standards to curb the global spread of plant pests and diseases. FAO News, 3. April. Rom: Food and Agriculture Organization of the United Nations. <https://www.fao.org/news/story/en/item/1187738/icode/>



Ein Arbeiter in voller Schutzausrüstung versprüht Pestizide auf einer Blumenplantage in Kolumbien.

nis aufgrund der massiven schädlichen Auswirkungen, die sie kurz- und langfristig für die menschliche Gesundheit haben können.⁹ Hochgiftige Pestizide haben außerdem schwere Nebenwirkungen für die Umwelt, indem sie Böden und Gewässer verunreinigen. Bodenschädigung und Verlust an Artenvielfalt aufgrund von Pestiziden schaden dem gesamten Ökosystem, von dem die Nahrungsmittelproduktion abhängig ist.

Die Lösung für eine verbesserte Schädlingsbekämpfung liegt nicht in der Anwendung von Pestiziden, sondern in der Umstellung auf landwirtschaftliche Methoden, die das gesamte Agroökosystem stärken. Mehrere aktuelle größere Berichte (IPCC,¹⁰ IPBES¹¹ und HLPE¹²) kommen zu dem Schluss, dass eine solche Umstellung erforderlich ist, um die Krisen bezüglich Klima, Artenvielfalt, menschlicher Gesundheit und Gesellschaft, mit denen wir uns konfrontiert sehen, anzugehen. Alternative Methoden wie Integriertes Unkrautmanagement, Integrierte Schädlingsbekämpfung, regenerative Landwirtschaft, Agroökologie und Agroforstwirtschaft werden letztendlich zu einer

Reduktion der verwendeten Agrochemikalien führen, die Folgen der Klimakrise ausgleichen, die Resilienz von FarmerInnen in der Klimakrise stärken, Lebensgrundlagen verbessern und die Artenvielfalt vergrößern. Die Umsetzung dieser Methoden ist wesentlich für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und der Post-2020-Ziele sowohl der Biodiversitätskonvention als auch des UN-Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung.

FarmerInnen bei der Umstellung auf regenerative Landwirtschaft unterstützen

Die Rainforest Alliance unterstützt FarmerInnen bei der Umstellung auf Methoden, die das Agroökosystem stärken. ErzeugerInnen in unserem Zertifizierungsprogramm entwickeln Methoden der Integrierten Schädlingsbekämpfung (Integrated Pest Management, IPM) und senken den Einsatz von Pestiziden. Rainforest Alliance-zertifizierte FarmerInnen dürfen keine Pestizide anwenden, die nach der Definition von FAO und WHO aufgrund ihrer schädlichen Wirkung auf Umwelt und menschliche Gesundheit als hochgiftig eingestuft wurden.¹³ Die Rainforest Alliance führte Workshops für mehr als 100.000 FarmerInnen in Südostasien zu manuellen und natürlichen Techniken der Schädlingsbekämpfung durch¹⁴ und hat vor kurzem die Zusammenarbeit mit der zwischenstaatlichen Organisation CABI aufgenommen, um KleinbauerInnen auf der ganzen Welt bei der Einführung nachhaltigerer landwirtschaftlicher Methoden zu unterstützen.¹⁵

9 FAO und WHO. 2019. Detoxifying agriculture and health from highly hazardous pesticides – A call for action. Rom.

10 IPCC, 2021: Summary for Policymakers. In: Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge, Großbritannien und New York, USA, doi: 10.1017/9781009157896.001

11 IPBES (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. S. Diaz u.a. Deutschland. https://zenodo.org/record/3553579#.YI_IXuSPoQ

12 HLPE. 2019. Agroecological and other innovative approaches for sustainable agriculture and food systems that enhance food security and nutrition. A report by the High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition of the Committee on World Food Security, Rom.

13 NSP – Highly Hazardous Pesticides (HHPs). „Food and Agriculture Organization of the United Nations, <https://www.fao.org/agriculture-consumer-protection-department/en/>

14 Unser Einsatz für einen besseren Lebensunterhalt auf dem Land (2021) <https://www.rainforest-alliance.org/de/einblicke/unser-einsatz-fur-einen-besseren-lebensunterhalt-auf-dem-land/>

15 <https://www.cabi.org/news-article/cabi-and-the-rainforest-alliance-pledge-working-towards-more-sustainable-agriculture/>

Auf der anderen Seite wird uns durch unsere Arbeit auch deutlich, wie schwierig es für viele FarmerInnen ist, diese Umstellung tatsächlich durchzuführen. Sie müssen dabei viele Hürden überwinden: Mangel an Finanzmitteln für die Investition in Alternativen, Mangel an Unterstützung sowohl von Regierungen als auch von Käufern bei der Investition in Alternativen, aggressives Marketing der agrochemikalischen Industrie, damit Agrochemikalien und ähnliche Praktiken weiter angewandt werden, und sogar Gegenmaßnahmen von Regierungen wie z.B. Subventionen für Agrochemikalien.

Die EU kann eine wichtige Rolle dabei spielen, diese Hürden abzubauen und ErzeugerInnen weltweit bei der Umstellung auf eine nachhaltigere Herangehensweise an die Schädlingsbekämpfung zu unterstützen. Ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU selbst bereits verboten sind, ist ein wichtiger erster Schritt.

EU-EXPORTVERBOT HOCHGIFTIGER PESTIZIDE – STELLUNGNAHME DER RAINFOREST ALLIANCE

Am 14. Oktober 2020 bestätigte die Europäische Kommission in ihrer Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit,¹⁶ dass die EU « mit gutem Beispiel vorangehen und entsprechend internationaler Verpflichtungen sicherstellen wird, dass hochgiftige Chemikalien, die in der Europäischen Union verboten sind, nicht für den Export produziert werden und dafür auch die relevante Gesetzgebung anpassen wird, wenn und soweit dies erforderlich ist. » Diese Verpflichtungserklärung wurde vom Europäischen Parlament und Rat begrüßt. Wir erwarten von der Kommission, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommt und 2023 einen Gesetzesvorschlag vorlegt. Die Rainforest Alliance ruft die Kommission auf:

- 1. Legen Sie 2023 einen EU-Gesetzesvorschlag zum Exportverbot für hochgiftige Pestizide vor.**
 - Die EU kann nicht weiterhin den Export von Pestiziden erlauben, deren Anwendung in der EU selbst nicht für sicher gehalten wird. Das stellt eine Doppelmoral dar, in der Mensch und Natur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen unter den negativen Auswirkungen von Pestiziden leiden, die in der EU selbst für zu gefährlich gehalten werden.
 - Das hohe Risiko von Menschenrechtsverletzungen in Drittländern, das von der Pestizidnutzung ausgeht, sollte ein Schlüsselfaktor für die Entscheidung der EU sein, ob weiterhin Pestizide exportiert werden, deren Anwendung innerhalb Europas für zu gefährlich gilt. Die EU hat sich dazu verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern, wie zum Beispiel das Recht auf Gesundheit und das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, und international zu kooperieren, um diese Rechte zu gewährleisten.¹⁷ Durch den Export hochgiftiger Pestizide bekommen jedoch Unternehmen aus den EU-Staaten einen Freibrief, um die Gesundheit, das Leben und die Lebensgrundlagen von FarmerInnen, ArbeiterInnen und ländlichen Gemeinschaften in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen aufs Spiel zu setzen.
- 2. Unterstützen Sie die Umstellung von ErzeugerInnen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.**



Bei der School for Field Studies, einem Lehrbetrieb in Costa Rica, werden Insektenfallen genutzt, um Schädlinge auf den Mango- und Orangenbäumen zu bekämpfen.

- Ein Exportverbot für hochgiftige Pestizide ist ein wichtiger erster Schritt, doch dieser muss durch weitere Maßnahmen ergänzt werden, damit FarmerInnen keine höheren Ernteverluste erleiden oder schlichtweg hochgiftige Pestizide kaufen, die anderswo produziert wurden. Sicherere Alternativen zu hochgiftigen Pestiziden stehen zur Verfügung, doch ErzeugerInnen haben nicht immer Zugang zu diesen oder zu den benötigten Finanzmitteln, um in alternative Methoden zu investieren. FarmerInnen in Sektoren und Regionen, die von einem EU-Verbot für Pestizidexporte betroffen sind und nur eingeschränkten Zugang zu Alternativen haben, müssen identifiziert und bei der Umstellung auf nachhaltige Alternativen unterstützt werden.
- Diese Unterstützung sollte sich nicht nur darauf konzentrieren, die Anwendung der spezifischen Pestizide zu beenden, deren Export aufgrund des Exportverbots zum Erliegen kommt. Sie sollte sich auch darauf fokussieren, eine Umstellung zu stimulieren, die das ganzheitliche Agroökosystem durch Integrierte Schädlingsbekämpfung (IPM), regenerative Landwirtschaft und Agroökologie stärkt. Die Förderung inhärenter Stärken von Agroökosystemen ermöglicht nicht nur eine Reduktion der verwendeten Agrochemikalien, sondern hilft letztendlich auch dabei, die Folgen des Klimawandels auszugleichen, die Resilienz der FarmerInnen gegenüber dem Klimawandel zu stärken, ihre Lebensgrundlagen zu verbessern und die Biodiversität zu erweitern. Damit kommen wir den Zielen des Pariser Klimaabkommens, der Post-2020-CBD und UNCCD sowie den SDGs näher.
- Um diese ganzheitlichen Wandel zu fördern, muss die EU ihre Selbstverpflichtung zur Nutzung von Umweltdiplomatie und zur Entwicklung von Hilfsinstrumenten zur Förderung der

16 EU Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, EU-Kommission, 14-10-2020. <https://ec.europa.eu/environment/pdf/chemicals/2020/10/Strategy.pdf>

17 <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/165/human-rights>.



Teepflückerinnen bei der Arbeit auf einer Farm in Assam, Indien. MitarbeiterInnen der Rainforest Alliance schulen FarmerInnen vor Ort in Methoden der Integrierten Schädlingsbekämpfung. Bildrechte: Suvashis Mullick

Anwendung von Substanzen mit geringeren Risiken und Alternativen zu Pestiziden weltweit umsetzen.¹⁸ Sie muss einen Dialog und eine Zusammenarbeit mit Partnerländern eingehen, u.a. im Rahmen von Komitees zu Handel und Nachhaltiger Entwicklung sowie zu Nachhaltigen Ernährungssystemen in Handelsabkommen. Sie sollte außerdem für die Arbeit an nationalen Roadmaps, spezifischen Programmen und Partnerschaften das Global Europe-Instrument nutzen, um Partnerländer bei der Umstellung auf nachhaltigere Nahrungsmittelsysteme und Entwicklung zu unterstützen. Schließlich wurden Diskussionen, die von der Food and Agriculture Organization (FAO) über einen Aktionsplan zur Förderung der weltweiten Abschaffung hochgiftiger Pestizide bis 2030 geführt wurden, nicht weiterverfolgt. Die EU sollte sicherstellen, dass dieser Aktionsplan wiederbelebt wird.

3. Unternehmen müssen zur Verantwortung gezogen werden

- Einige europäische Hersteller produzieren auch außerhalb Europas beträchtliche Mengen an hochgiftigen Pestiziden. Der Verkauf dieser Produkte würde von einem EU-Exportverbot nicht erfasst. Ebenso könnten Hersteller das Exportverbot umgehen, indem sie ihre Produktion auf andere Produktionsstätten außerhalb der EU verlagern. Wir rufen die Kommission darum auf, unverzüglich die Selbstverpflichtung in ihrer Chemikalienstrategie umzusetzen,¹⁹ die «Sorgfaltspflicht für die Produktion und die Anwendung von Chemikalien im Rahmen der Initiative für nachhaltige Unternehmensführung zu fördern.» Das bedeutet, Unternehmen mit Hauptsitz in Europa zur Verantwortung zu ziehen, wenn es um die Beendigung des Exports, des Verkaufs wie auch der Anwendung in der EU verbotener hochgiftiger Chemikalien in ihren Betriebsabläufen und Wertketten geht – unabhängig davon, wo auf der Welt diese hergestellt wurden.

- Europäische Sorgfaltspflichtengesetzgebung kann zudem eine Gelegenheit sein, alle Unternehmen, die in der EU tätig sind, für die ökologischen und sozialen Auswirkungen in ihren weltweiten landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zur Verantwortung zu ziehen. Darin ist ganz klar auch die Notwendigkeit enthalten, sich dem Risiko der zum Einsatz kommenden hochgiftigen Pestizide zu stellen. Dieses Potential sollte voll ausgeschöpft werden, indem der Anhang einen Hinweis auf die gemeinsame FAO-WHO Definition für hochgiftige Pestizide enthält. Zusätzlich sollte der Anhang festlegen, dass der Ausstieg aus der Pestizidverwendung durch die Unterstützung alternativer Maßnahmen zur Unkraut- und Schädlingsbekämpfung erreicht werden sollte – entsprechend dem IPM-Ansatz, wie er von der FAO definiert wurde.²⁰

ZUSAMMENFASSUNG

Um die Krisen von Klima, Biodiversität und Gesellschaft zu bewältigen, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, brauchen wir eine tiefgehende Transformation landwirtschaftlicher und nahrungsmittelechnischer Systeme. Wir müssen landwirtschaftliche Systeme erschaffen, die nicht mehr von der Anwendung von Agrochemikalien abhängig sind, weil sie *mit* und nicht gegen die Natur arbeiten. Diese Transformation kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Die EU kann nicht weiterhin den Export von Pestiziden erlauben, deren Anwendung innerhalb der EU selbst als gefährlich gilt. Das ist eine Doppelmoral, bei der Mensch und Natur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen unter den negativen Auswirkungen von Pestiziden leiden, deren Anwendung in der EU selbst als zu gefährlich gilt. Die Rainforest Alliance ruft die EU auf, ein solches Verbot schnellstmöglich zu erlassen und umzusetzen und dabei sicherzustellen, dass ErzeugerInnen – vor allem KleinbauerInnen – bei der Umstellung unterstützt werden, indem sie Zugang zu Schulungen sowie zu Alternativen zu hochgiftigen Pestiziden erhalten. 

18 Mai 2020. Final Report from the EU Commission on the evaluation of regulation (EC) No 1107/2009 on the placing of plant protection products on the market and of Regulation (EC) No 396/2005 on maximum residue levels of pesticides. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0208&from=EN>

19 Ebd. 12

20 Position of the Rainforest Alliance on the proposal for an EU Corporate Sustainability Directive. Juli 2022. <https://www.rainforest-alliance.org/wp-content/uploads/2022/08/RA-position-on-proposal-for-EU-directive-on-CSDD-position-paper.pdf>



Die Rainforest Alliance setzt sich auf sozialer und marktwirtschaftlicher Ebene für eine nachhaltigere Welt ein, um die Natur zu schützen und das Leben von land- und forstwirtschaftlichen ErzeugerInnen zu verbessern.

rainforest-alliance.org
email: info@ra.org

